

Eidgenössisches Departement des Innern
EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Bern, 19. Juni 2017
VL_Tarmed / CJR

Verordnung über die Festlegung und Anpassung von Tarifstrukturen in der Krankenversicherung Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die 2004 in Kraft getretene Tarifstruktur TARMED „bewegt“ jährlich ca. 11 Mia CHF und ist stark reformbedürftig: Darüber herrscht Einigkeit. Fehlanreize aufgrund der veralteten Tarife machen Mengenausweitung und Überversorgung finanziell attraktiv. Dies hat Nebenwirkungen: Zu viel Medizin schadet, nicht nur finanziell, sondern auch gesundheitlich. Die FDP bedauert die anhaltende Blockade in den Verhandlungen zwischen Leistungserbringer und Krankenversicherer. Das Aushandeln von Tarifen ist nicht Sache der Verwaltung und wird nicht zu zufriedenstellenden Lösungen führen. Aus Sicht der Patientensicherheit, der Prämienzahler und aufgrund des langanhaltenden Reformstaus kann aber nicht weitere 10 Jahre abgewartet werden, bis vielleicht eine Einigung zustande kommt und gewisse, stark reformbedürftige Tarifpositionen der Realität angepasst werden. Langfristig ist aber auch ein wiederholtes Eingreifen des Bundesrates keine Lösung – es wäre vor allem das Ende der Tarifpartnerschaft und damit ein grosser Schritt in Richtung Staatsmedizin.

Insofern kann die FDP dem Rückgriff des Bundesrates auf seine subsidiäre Kompetenz nur zustimmen, falls rasch Anpassungen der Verfahren initiiert werden mit dem Ziel, den Erfolgsdruck in den Verhandlungen spürbar zu erhöhen. Seit der Einführung der Tarifstruktur TARMED hat sich die Verbandslandschaft fragmentiert. Dieser veränderten Ausgangslage ist zwingend Rechnung zu tragen. Ziel der neuen Rahmenbedingungen für die Verhandlungen soll es sein, Blockaden unter Vertragspartnern zu verhindern und einen Wettbewerb der Ideen zu ermöglichen. Neben dem Einzelleistungstarif TARMED als Tarifstruktur über alle Ärztgruppen hinweg soll der Bundesrat auch neue Tarifformen für pauschale Abgeltung von ambulanten Leistungen zulassen (Pauschalen, welche unter Tarifpartnern ausgehandelt werden. Auch ein Mix von Fallpauschalen und Einzelleistungstarifen soll möglich sein). Die FDP hat in der Sommersession eine entsprechende Fraktionsmotion eingereicht.

Des Weiteren soll der Bundesrat im Rahmen der Überarbeitung des Verordnungsentwurfs auf folgende Bereiche Acht geben:

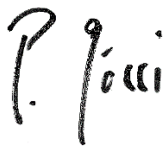
- › Die Tarifautonomie der Vertragspartner soll die Regel bleiben: Wo sich Tarifpartner auf totalrevidierte Tarifstrukturen einigen konnten, sind diese zu übernehmen.
- › Der Trend von stationär zu ambulant darf nicht gefährdet werden. Die Verschiebung von medizinischen Leistungen vom teuren stationären Bereich zum billigeren ambulanten Bereich soll hingegen gefördert werden; Tarifpositionen sind entsprechend auf diese Wirkung hin zu prüfen.

- › Sinkende Preise bei technischen Geräten (mit der Computerbranche vergleichbar) sollen bei technischen Leistungen einfließen, während die intellektuellen ärztlichen Leistungen (sowohl für Grundversorger wie auch für Spezialärzte) fair honoriert werden.
- › Wo die Anpassungen der Tarife stark ausfallen, sind allenfalls Übergangsregelungen zu prüfen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

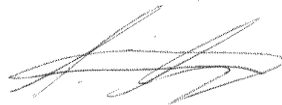
Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz